

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 104 (2010)
Heft: 6

Artikel: Zwischen Aufbruch und den Fesseln der Vergangenheit
Autor: Müller, Barbara
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390155>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwischen Aufbruch und den Fesseln der Vergangenheit

Südafrika 2010

Südafrika 34 Jahre nach den Soweto-Aufständen und der anschliessenden internationalen Isolation, 20 Jahre nach der Freilassung von Nelson Mandela und der Einleitung des Machtwechsels zu einer demokratischen Regierung, 12 Jahre seit dem Schlussbericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission, zwei Jahre seit den fremdenfeindlichen Ausschreitungen gegen afrikanische MigrantInnen und Flüchtlinge und ein Jahr seit der Ablösung von Thabo Mbeki durch Jacob Zuma als Regierungschef: alles wichtige Wegmarken in der jüngeren Geschichte Südafrikas.

Barbara Müller, Geschäftsführerin des Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (fepa) und Koordinatorin der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika (KEESA), hat als Akteurin und Beobachterin diese Entwicklungen intensiv mitverfolgt. Anlässlich des internationalen Fokus, während der Fussball-WM versucht sie eine persönliche Reflexion auf die unausgeglichene Gegenwart von Südafrika und die ebenfalls noch unausgegleichenen Beziehungen mit der Schweiz.

• Wo beginnen? Soll ich von den Begegnungen mit ehemaligen Aktivistinnen und Aktivisten berichten, die weiterkämpfen, weil ihr damaliges Ziel von sozialer Transformation und Gerechtigkeit nicht verwirklicht wurde? Von Ashraf Cassiem, der als Kind in den achtziger Jahren die Gewalt in den Townships erlebte und viele gleichaltrige GenossInnen sterben sah? Heute kämpft er mit der Anti Eviction Campaign gegen Zwangsumsiedelungen, «um das Andenken dieser Toten zu ehren,» wie er sagt. Soll ich von Hester Stephens erzählen, der Präsidentin der Hausangestelltengewerkschaft, die mit Tränen in den Augen davon erzählt, dass sie ihren Sohn nicht hat aufwachsen sehen, weil sie ihn als Hausangestellte auch im neuen Südafrika nicht bei sich haben kann?

Oder soll ich mit meiner Enttäuschung und Empörung über die schweizerische Haltung zur Apartheid beginnen? Die langen Debatten in Parlament und Öffentlichkeit, die 2001 zur Einsetzung eines nationalen Forschungsprogramms führten, das die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika in den Jahren 1948–1994 untersuchen sollte? Das Versprechen des Bundesrates, der Kommission grösstmöglichen Zugang zu den Archiven zu gewähren, um der Öffentlichkeit Rechenschaft über das Verhalten von Bundesverwaltung und wirtschaftlichen Interessenverbänden zu geben, ein Versprechen das mit einer Aktensperre nach kurzer Zeit wieder gebrochen wurde, zum Schutz der Interessen der Wirtschaft, die in den USA wegen Begünstigung der Apartheidverbrechen zu Entschädigungszahlungen verklagt worden war? Oder die Weigerung des Bundesrates, zu den Forschungsergebnissen Stellung zu nehmen, die aufzeigten, dass im Umgang mit der Apartheid systematisch wirtschaftliche Interessen über Menschenrechte gestellt worden waren und die Verwaltung hinter dem Rücken von Parlament und Öffentlichkeit Mauseheien betrieb hatte?

Aber zurück zu Südafrika, dessen Bevölkerung so lange für Demokratie und Freiheit kämpfte, Errungenschaften, die nach wie vor hochgehalten werden und die grosse Wertschätzung geniessen. Davon zeugen die allgemein respektierte Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Gerichte. Davon zeugt auch die demokratische Ablösung der äusserst unbeliebten Regierung von Thabo Mbeki durch Jacob Zuma, der näher bei der Bevölkerung ist und deren Klagen eher Gehör schenkt. Seine Regierung hat denn auch den Widerspruch zurückgezogen, den die Vorgängerregierung gegen die Apartheidklagen erhoben hatte.

Ich möchte auch betonen, dass das neue Südafrika ein schweres Erbe anzutreten hatte, denn für die Veränderung der durch das Apartheidregime systematisch geschaffenen Strukturen und Mentalitäten sind 16 Jahre eine kurze Zeit. Direkt ins Auge sticht die durch die Rassensegregation geschaffene typische Siedlungsstruktur mit der räumlichen Trennung zwischen Townships und mittelständischen Vorstädten. Diese Situation wird heute durch die Landflucht noch zusätzlich verschärft. Erst dieser Tage war in südafrikanischen Zeitungen zu lesen, dass das Land 2700 informelle Armensiedlungen aufweist, deren BewohnerInnen ohne jegliche Infrastruktur auskommen müssen. Der Rückstau beim Häuserbau beläuft sich auf unvorstellbare 2,1 Millionen. Ob da die Fussball-WM die richtige Priorität darstellte? Die FIFA rechnet, dass der Anlass 2,4 Milliarden Franken in ihre Kassen spülen soll – die erwartete Verschuldung des südafrikanischen Staates aufgrund der WM bewegt sich in derselben Gröszenordnung.

Spannungen zwischen Einheimischen und afrikanischen MigrantInnen haben seit 2008 regelmässig zu gewalttätigen Übergriffen auf Fremde geführt. Anfang Mai habe ich mich mit einem kongolesischen Migrant unterhalten, der seit sieben Jahren in Johannesburg

lebt und als Chauffeur für ein Bed & Breakfast in der Nähe des Flughafens arbeitet. In dem auf Französisch geführten Gespräch erzählt er, dass in seinem Betrieb wie in vielen anderen Kleinbetrieben praktisch nur AusländerInnen tätig seien. Er beklagt sich bitter über die Haltung der Einheimischen, die grosse Ansprüche hätten, zu harter Arbeit aber nicht bereit seien und ihren afrikanischen Brüdern und Schwestern den Erfolg neideten. Er lebe mit seiner Familie nicht in einem afrikanischen Township, da er sich dort nicht sicher fühlen könne. Deshalb wohne er in einer weissen Nachbarschaft. Die Frem-



denfeindlichkeit wird durch die lange Abschottung Südafrikas vom Kontinent genährt. SüdafrikanerInnen aller Hautfarben sind wenig vertraut mit ihren afrikanischen Nachbarn – auch das ist eine Hinterlassenschaft der Apartheidpolitik.

Im letzten November hatte ich Gelegenheit im Western Cape an einem Workshop teilzunehmen, bei dem Informationen über die Arbeitsbedingungen auf Farmen zusammengetragen wurden. Die Berichte waren erschütternd. Trotz durchaus fortschrittlichen Arbeitsgesetzen hat sich auf vielen Farmen wenig bis

Fussballbegeisterte Jugend in Südafrika (Bild: Archiv Baer).

3 Fragen – 3 Antworten

Barbara Müller ist Geschäftsführerin des Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (fepa) und Koordinatorin der Kampagne für Entschuldigung und Entschädigung im Südlichen Afrika (KEESA). Sie hat Südafrika in den letzten Jahren regelmässig besucht. (bemueLLer@bluewin.ch)

gar nichts an der unmenschlichen Behandlung der FarmarbeiterInnen geändert. Diese erhalten keine Lohnabrechnungen, keine Bestätigung für Sozialversicherungsabzüge, haben weder Ferien, noch geregelte Freizeit, leben in menschenunwürdigen Unterkünften und haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Körperstrafen sind nach wie vor an der Tagesordnung. Auf dem Land sind die Organe des neuen Südafrika noch schwach, vor Ort haben die ehemaligen ländlichen Herren – vom Pfarrer über den Arzt bis zum Notar und den Polizisten – noch immer das Sagen. Auf diesem Hintergrund kann ich mir vorstellen, welche Bedingungen dazu führen konnten, dass der bekennende Rassist Eugene Terreblanche von zwei

Farmarbeitern getötet wurde. Auf die Ermordung von Terreblanche reagierte die extreme Rechte in Südafrika mit grossen Manifestationen. Der südafrikanische Gewerkschaftsbund kritisierte, dass der Tod von Terreblanche politisiert und hochstilisiert wurde, während die Ermordung vieler FarmarbeiterInnen ohne weiteres hingenommen würde.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer stärker. Gefährlich dünkt mich die Abschottung der Reichen in ihren zu Festungen ausgebauten Häusern, wo sie kaum Kontakt zur armen Mehrheit der Bevölkerung haben. Diese Entwicklung birgt sozialen Sprengstoff. Sie wird durch die WM eher beschleunigt. ●

• Südafrika ist Gastgeberland der diesjährigen Fussballweltmeisterschaften. Zu diesem Zweck hat das Land mit viel Geld ein Megastadion gebaut, Luxushotels erstellt und Spielerunterkünfte hochgezogen. Es zeigt sich, dass auf Seiten der Veranstalter weniger die Freude am Spiel und am Wettkampf dominiert, sondern vor allem um Geld. Vieles geht einem dabei durch den Kopf. Monika Stocker fragte Pia Hollenstein, die in ihrer politischen Arbeit während Jahren eine Wiedergutmachung der rassistischen Verbrechen gefordert hatte, was sie vom Spektakel hält.

NW: Wenn Sie die grossspurig aufgelegene Werbung für die WM sehen, strahlende schwarze Gesichter auf den Plakaten – was geht Ihnen durch den Kopf?

Pia Hollenstein: Mir kommen die zwei Milliarden Franken Einnahmen in den Sinn, die sich die FIFA durch die Spiele sichern will. Eine so hohe Summe hatte sie bisher noch an keinen Weltmeisterschaften erzielt. Umso wichtiger ist es,

mit Nachdruck von der FIFA faire Arbeitsbedingungen bei Weltmeisterschaften und anderen Events zu fordern. Die Schweiz als Domizil der –notabene steuerbefreiten – FIFA hat dabei eine besondere Verantwortung. Auf der anderen Seite kostet die Durchführung der WM den südafrikanischen Staat 2,4 Milliarden Franken – Geld, das für soziale Vorhaben über Jahre hinaus fehlen wird. Damit das Land während der WM den BesucherInnen einen guten Eindruck macht, wurden Armenviertel platt gewalzt und Menschen von den Strassen vertrieben.

Die informellen Händlerinnen und Händler werden für die Dauer von sechs Wochen aus der Bannmeile der Stadien verbannt und somit um ihren Verdienst gebracht. Schliesslich wurde bei den Löhnen der Bauarbeiter geknauert. Ein solches Verhalten widerspricht diametral der Botschaft der Völkerverständigung und Solidarität, wie sie die FIFA-Werbung vermitteln will.

Mir kommen aber auch die Men-

schen der «Internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika» in den Sinn. Sie wollen internationale Konzerne zu Reparationszahlungen verpflichten, weil diese das Apartheidregime bei der Verübung von schweren Menschenrechtsverletzungen unterstützt hatten. Die schweizerische Kampagne fordert ausserdem die Offenlegung der Beziehungen der Schweiz mit dem Apartheid-Südafrika.

NW: Der heutige Präsident wird sich wohl nicht um eine Wiedergutmachung dieser Mittäterschaft bemühen. Er selbst verfolgt wieder eine Politik, die für viele fatal ist. Gibt es im heutigen Südafrika Menschen, die Gerechtigkeit für ihr Volk verlangen? Wer sind sie, und was fordern sie?

PH: Der Präsident wird tatsächlich keine Forderungen an die westliche Welt stellen, weil er alles daran setzt, der internationalen Wirtschaft den Hof zu machen, damit sie ins Land investiert. Das Wachstum muss ja unbedingt weitergehen. Immerhin hat die gegenwärtige südafrikanische Regierung ihre Opposition gegen die Apartheidklagen zurückgezogen. Das zuständige Gericht liess die vor sieben Jahren eingereichten Klagen im April 2009 zu. Dagegen appellierten die vier beklagten internationalen Konzerne Daimler, Ford, IBM und die deutsche Rheinmetall, welche die schweizerische Waffenfabrik Oerlikon Bührle übernommen hatte. Khulumani, die Organisation der Apartheidopfer, erhob erfolgreich zusammen mit Menschenrechtsorganisationen vor dem Obersten Gerichtshof Südafrikas gegen eine Amnestie für die Täter Einspruch. Demzufolge darf der Präsident keine Begnadigungen aussprechen, ohne dazu die Opfer anzuhören. Khulumani – das Zuluwort bedeutet «Sprich es aus!» – gab den Opfern eine Stimme, die in Südafrika zunehmend Gehör findet. Andere Organisationen setzen sich für soziale

Gerechtigkeit ein, denn für die Armen hat sich seit dem Ende der Apartheid nicht viel verändert.

NW: Die Schweiz war durch all die Jahre mittendrin in der Ausbeutung. Keiner der Profiteure wurde je zur Rechenschaft gezogen, niemand hat sich entschuldigt. Sie selbst kämpften für die Wiedergutmachung durch unser Land, damit das geschieht. Gibt es heute dafür noch eine Chance?

PH: Immerhin arbeitete der evangelische Kirchenbund seine Geschichte gegenüber der Apartheid auf. Auch die katholische Kirche ist daran, dies zu tun. Der Bundesrat weigerte sich allerdings, die von ihm in Auftrag gegebene Studie über die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika zwischen 1948 und 1994 zu kommentieren, ganz zu schweigen von einer Entschuldigung bei den Opfern. Für den Bundesrat ist Südafrika offensichtlich ein Land wie alle anderen, dem gegenüber die Schweiz keine besonderen Verpflichtungen hat. Angesichts der engen Verflechtungen der Schweiz mit dem Apartheidstaat ist das unhaltbar.

Zum Glück gibt es die «Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika». Diese Aktion pflegt den regen Austausch mit den Betroffenen im Süden und vertritt deren Forderungen nach Entschädigungen. Diese Dossiers sind auch gegenüber der Schweiz nicht vom Tisch, obwohl die ursprünglich beklagten schweizerischen Konzerne und Banken beim Prozess in den USA nicht mehr zu den beklagten Firmen gehören.

Meine Einschätzung zum Verhalten des Bundesrats in Sachen Wiedergutmachung: Dem Bundesrat war der Schutz der Schweizer Banken und unserer Wirtschaft stets wichtiger als die Menschenrechte der lokalen Bevölkerung im Süden einzufordern. Ob sich daran etwas geändert hat, wage ich zu bezweifeln, trotz aller gegenteiligen Verlautbarungen. ●